

Geschäftlhuber mit Gewinnbeteiligungen

Moralfrage oder strukturelles Problem. Was folgt aus den Maskenaffären der Union? | Von Frank Decker

Für die Union kommt es in diesen Tagen knüppeldick. Nicht nur, dass das schlechte Management der Coronakrise sich immer mehr gegen die führende Regierungspartei zu kehren beginnt. Zur wachsenden Unzufriedenheit der Bürger treten peinliche Affären hinzu, die CDU und CSU weiter in den Abwärtsstrudel ziehen könnten. Zwei Abgeordnete haben ihr Mandat bereits abgegeben, ein weiterer sieht sich einem Ermittlungsverfahren gegenüber und ist deshalb aus Partei und Fraktion ausgetreten. Die Reaktion der Parteispitzen auf das Fehlverhalten in den eigenen Reihen war ebenso konsequent wie alternativlos. Gleichzeitig machte es den immensen Glaubwürdigkeitsschaden für jedermann offenkundig, waren doch die Unionsparteien nun auf einmal bereit, scharfe Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die sie bis dato stets abgelehnt hatten. Die Oppositionsparteien, aber auch die SPD werden sich diesen Sinneswandel als Wahlkampfthema nicht entgehen lassen.

Schnell abräumen lässt sich das Thema für die Union nicht. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein zeigt bisher keine Bereitschaft, der Aufforderung zum Mandatsverzicht nachzukommen. Der Partei- und Fraktionsführung sind dort rechtlich die Hände gebunden, denn ein Austritt oder Ausschluss aus einer Fraktion lässt das freie Mandat unberührt. Entzogen werden kann es einem Abgeordneten nur, wenn ihm nach einer Verurteilung in einem Strafprozess das passive Wahlrecht aberkannt wird, oder wenn das Bundesverfassungsgericht die Partei, für die er bei der Wahl angetreten ist, verbietet. Die Rückgabe muss also freiwillig erfolgen. Steht ein Parlamentarier, wie im Fall Nüßlein, ohne

hin vor dem politischen Aus, wird er dem Druck vielleicht standhalten.

Dass Unionsabgeordnete von den Vorfällen häufiger betroffen sind als Vertreter anderer Parteien, lässt das Fehlverhalten nicht allein als Charakter- oder Moralfrage erscheinen, sondern zugleich als ein strukturelles Problem. Wo eine Partei schon lange in führender Position regiert und wo sie ideologisch-programmatisch eine besondere Nähe zur freien Marktwirtschaft und zum Unternehmertum aufweist, wachsen auch die Versuchungen des Geldes. Das gilt für einzelne Personen wie für die Partei insgesamt. Es ist also kein Zufall, dass sich gerade die Union den aus der Öffentlichkeit und von anderen Parteien ausgehenden Bestrebungen, das Verhältnis von Parteipolitik und Wirtschaft strenger zu regulieren, immer wieder erfolgreich widersetzt hat. Erst unter dem Druck der jetzigen Affäre ist sie zu Veränderungen bereit.

Vier Regelungskomplexe, die zum Teil eng miteinander verwoben sind, gilt es zu unterscheiden. Der erste Komplex betrifft die Parteienfinanzierung. Dass die Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen müssen, steht aus guten Gründen be-

reits im Grundgesetz. In der Praxis werden die Transparenzregelungen aber immer wieder umgangen. Beispiele sind die Stückelung von Spenden (9999 Euro!), für die jetzt Jens Spahn ins Gerede kommen ist, oder das ausufernde Sponsoring. Problematisch ist auch, die Sanktionierung etwaiger Verstöße dem Bundestagspräsidium zu überantworten, in dem ja die Parteien selbst vertreten sind, und nicht einer unabhängigen Behörde. In all diesen Punkten sollten sich die Parteien zu besseren Regeln durchringen, bevor sie das Verfassungsgericht dazu zwingt.

Der zweite Bereich sind die Nebentätigkeiten. Auch dort besteht bei den Anzeigepflichten noch „Luft nach oben“, obwohl die Regeln in Deutschland strikter gefasst

sind als anderswo. Ein generelles Verbot von Nebentätigkeiten wäre verfassungswidrig und empfiehlt sich auch nicht, weil es für die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen dadurch noch unattraktiver werden könnte, ein Mandat anzustreben – anders als etwa beim öffentlichen Dienst, wo sich das Problem der Rückkehr nicht stellt. Bei der Offenlegung der Einkünfte könnte eine vollständige Transparenz überdies mit Betriebsgeheimnissen kollidieren, die dem Schutz der Eigentumsfreiheit unterliegen.

Der dritte Regelungskomplex betrifft Interessenkollisionen, die durch funktionelle und institutionelle Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft entstehen. Darunter fallen laufende Aufsichtsratsaktivitäten ebenso wie der Wechsel aus dem politischen Amt in die Wirtschaft – sei es während oder nach der Karriere. Die letztgenannten Phänomene sind seit den 2000er-Jahren immer häufiger zu beobachten und bleiben keineswegs auf Unionspolitiker beschränkt, wie das umstrittene Gazprom-Engagement von Altkanzler Gerhard Schröder beweist. Ob es dort mit einem strengeren Moralkodex getan ist oder zusätzliche rechtliche Einschränkungen vorgenommen werden müssen, wäre zu diskutieren.

Der vierte und letzte Komplex bezieht sich auf das Lobbying. Nach zähem Ringen hat die Union in der Frage des Lobbyregisters inzwischen eingelenkt, den vom Koalitionspartner SPD und Teilen der Öffentlichkeit geforderten „exekutiven Fußabdruck“, der zur Offenlegung der einzelnen Kontakte verpflichtet, aber verhindert. Dass der Kompromiss noch einmal aufgeschnürt wird, ist unwahrscheinlich. Regelungsbedürftig bleibt zudem das Thema Vorteilsnahme und Bestechung. Dass die Abgeordneten milder behandelt werden als Beamte und Regierungsmitglieder, leuchtet nicht ein. Die Union hat aber auch dort bereits einen ersten Schritt gemacht, indem sie in ihrem Verhaltenskodex zumindest die Fraktionsspitzen denselben strengerer Regelungen unterwerfen will, die für die Exekutive gelten.

Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass Parteien und Politiker bei all diesen Fragen „in eigener Sache“ entscheiden müssen. Den anderen Parteien dürfte es dabei in der Vergangenheit mitunter sogar recht gewesen sein, wenn sie ihre Skepsis gegenüber allzu strengen Regelungen hinter der Blockadehaltung der Union verstecken konnten. Die Gefahr, dass anstelle des Parteienwettbewerbs die Kartellbildung tritt, ist insbesondere bei der Parteienfinanzierung stets gegeben, und hat das Bundesverfassungsgericht veranlasst, gerade dort genau hinzuschauen.

Eine andere Frage ist, ob man nicht schon in den parlamentarischen Verfahren für eine breitere Interessenrepräsentation sorgen könnte. Wenn die Parteien bereit wären, auch Experten und unvoreingenommene Bürger in die Entscheidungsprozesse einzubinden, kämen wahrscheinlich bessere, durchgreifendere Lösungen heraus. Doch dazu hat ihnen bisher leider der Mut gefehlt.



SHUTTERSTOCK.DE/DANIJELA 2704/MONTAGE.DERHAUPTSTADTBRIEF

PROF. DR. FRANK DECKER
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Autor des Standardwerks „Parteiendemokratie im Wandel“, das 2018 in aktualisierter Fassung im Nomos Verlag erschien.

Bakschisch aus Baku

Schon zwei CDU-Abgeordnete sind für ihre bezahlte Lobbyarbeit für das Land zurückgetreten.

Was ist eigentlich in Aserbaidschan los? Ein Lagebericht | Von Tsypylma Darieva

Mit zehn Millionen Einwohnern ist Aserbaidschan der bevölkerungsreichste und auch der wirtschaftlich stärkste Staat im post-sovietischen Südkaukasus. Er wird von der Familiendynastie Alijew beherrscht und definiert sich selbst als modern, säkular und außenpolitisch stabil. Seit 1994 der „Vertrag des Jahrhunderts“ zwischen Aserbaidschan und 12 großen Ölgesellschaften unterzeichnet wurde, strebt das postsowjetische Land am Kaspischen Meer enge Beziehungen zu westlichen Ländern, vor allem den USA, den EU-Staaten und Israel an.

Die außenpolitische Orientierung Aserbaidschans ist dennoch komplex. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen schließt für Baku gute Beziehungen zum Kreaml nicht aus. Anders als Belarus, Russland oder Armenien, kritisiert Aserbaidschan die westliche Politik selten, und im Unterschied zu Georgien und der Ukraine, strebt das Land keine Aufnahme in die Nato oder die EU an.

Im Vordergrund der Zusammenarbeit zwischen Aserbaidschan und der EU stehen energiepolitische Ziele. Innenpolitisch erinnert das aserbaidschanische Regierungssystem, das als eine voll ausgebildete Autokratie bezeichnet werden kann, stark an jenes aus den Sowjetzeiten. Es lässt wenig Raum für gesellschaftliche

Reformen im Bereich von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Pluralität und Gendern. Im Jahr 2020 nimmt Aserbaidschan nach dem *Democracy Index* des *Economist* Platz 146 von 167 untersuchten Staaten ein.

Nicht zuletzt aufgrund seiner Energieressourcen und der wichtigen geostrategischen Lage als Bindeglied zu Zentralasien (über das Kaspische Meer) und den Nahen Osten (über die gemeinsame Grenze mit dem Iran) ist die Außenpolitik im Interesse vieler Seiten, sei es Russland oder der Westen. Baku ist kein Mitglied der eurasischen Freihandelszone und setzt die Politik der „Energiealternative“ zu Russland in enger Kooperation mit der Türkei um. Aserbaidschan und die Türkei sind nicht nur durch die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan und die Gaspipeline Baku-Tbilisi-Erzurum verbunden. Während des zweiten Karabach-Kriegs im vergangenen Jahr unterstützte die Türkei Aserbaidschan auch militärisch.

DR. HABIL. TSYPYLMA DARIEVA
ist Senior Researcher am Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOIS)

Auch für Baku liegen die Vorteile der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen auf der Hand. Erstens minimiert sie die westliche Kritik an der innenpolitischen Entwicklung des Landes – insbesondere die Machtübergabe vom Vater an den Sohn und die Dominanz der Familien-Dynastie Alijews. Die im April 2018 vorgezogene Wahl sowie die Verfassungsänderungen wurden in der internationalen Presse kaum erörtert. Wenn die USA Aserbaidschan für Abweichungen vom demokratischen Kanon kritisieren, so tun sie dies selten öffentlich. Aserbaidschan wiederum versucht die Unterstützung bestimmter westlicher Kreise zu gewinnen, um ein Gegengewicht zur Arbeit der armenischen Lobby in den USA und Europa zu bilden.

Baku ist bestrebt in der Liga globaler Mächte und regionaler Kulturmetropolen mitzuspielen. Um das Image des aserbaidschanischen Staates global aufzubessern, investiert die Regierung viel Energie und Finanzmittel in aufwendige internationale Großveranstaltungen. Die Hauptstadt Baku, vermarktet als das „Dubai des Kaspischen Meeres“, dient dabei als die Bühne für Mega-Events im Bereich Sport und Kultur.

Tatsächlich verfolgt Baku damit gleichzeitig zwei geopolitische Orientierungen, eine in Richtung Europa – beziehungsweise Westen und eine in Richtung des

Nahen und Mittleren Ostens: Einerseits fanden in Baku 2012 der Eurovision Song Contest und 2015 die ersten Olympischen Europaspiele statt, andererseits wurde Baku 2009 der jährlich wandernde Titel „Hauptstadt der islamischen Kultur“ verliehen, und 2017 war die aserbaidschanische Hauptstadt der Austragungsort der Islamischen Spiele der Solidarität.

Während die Hauptstadt in einem atemberaubenden Tempo als Symbol für den Erfolg des Regimes durch Großbauten radikal umgestaltet worden ist, bleibt der Lebensstandard der Aserbaidschanner, insbesondere außerhalb der Hauptstadt, niedrig. Zwar sind einige wichtige Maßnahmen zum Abbau der alltäglichen Korruption in lokalen Behörden durchgeführt worden, die Eliten und die politische Korruption betrifft dies allerdings kaum. Und auch wenn die modernen Verschönerungsprojekte das Aussehen bestimmter

Stadtteile aufgewertet haben, gingen sie oft mit Zwangsräumungen und der Verdrängung der Einwohner aus zentralen Stadtbezirken einher.

Mit wesentlichen Änderungen der innenpolitischen Lage ist momentan nicht zu rechnen. Die Corona-Pandemie, die digitale Überwachung und der Ausgang des Karabach-Krieges zu Gunsten Aserbaidschans haben die Macht des Präsidenten Ilham Alijew und seiner Ehefrau, der Vizepräsidentin Mehriban Alijewa, vielmehr stabilisiert. Dennoch, seit einigen Jahren gibt es immer wieder einzelne öffentliche Protestaktionen, so demonstrieren Feministinnen jedes Jahr am 8. März öffentlich gegen Gewalt und Unterdrückung der Frauen. Solche neuen Kräfte, die versuchen Freiräume für die jüngere Generation zu schaffen, könnten, wenn auch symbolisch zur Herausforderung für die autokratische Macht werden.

DER HAUPTSTADTBRIEF.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

Im Dienste der Demokratie – und das Land Berlin: **Güner Balci**, Filmemacherin, Schriftstellerin – und seit einem halben Jahr Integrationsbeauftragte in Neukölln – im großen *Hauptstadtbrief*-Interview über ihre neue Rolle und alte Feindbilder, Streitkultur, Islam, Christentum und das Verbindende in unserer Gesellschaft. Und: Begegnung mit der Wirklichkeit – **Aaliyah Sarauer** über einen Moment, in dem Olaf Scholz einmal auf echte Menschen und ihre Corona-Nöte traf. www.derhauptstadtbrief.de

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Volkspartei

Ungeheuerliches hat Winfried Kretschmann zu Zeiten gesagt, als seine Partei noch wild war und linksradikal erschien. Die Grünen müssten das Gewaltmonopol des Staates anerkennen. „In der Bundesrepublik gibt es keine Alternative zum Parlamentarismus.“ In der Bevölkerung gebe es den Wunsch nach „guter Repräsentation“. Die Menschen wollten „gut regiert“ und ansonsten „in Ruhe gelassen werden“. Kretschmann lehnte das „imperative Mandat“ ab, das sogenannte Fundamentalisten forderten. „Von Basisdemokratie habe ich nie viel gehalten.“ Heftigen Widerspruch gab es. „Kretschmann repräsentiert nichts von dem, was grüne Politik ausmacht.“ Im Mai 1984 war das, bei einem Treffen einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Grüne und Christen“, deren innerparteiliches Wurzelflecht schon damals nicht zu unterschätzen war.

Ehemalige Aktivisten kirchlicher Jugendverbände machten Karriere nicht mehr wie vordem in der CDU, sondern engagierten sich bei den Grünen. Seit längerem gehört Kretschmann dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an, wie übrigens auch Bettina Jarasch, die im Herbst Spitzenkandidatin der Grünen bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ist.

Kretschmann, einem katholischen Elternhaus entstammend, hatte noch einen kleinen Umweg genommen – über eine „Kommunistische Hochschulgruppe“, der Studentenorganisation des maoistischen „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW). Alsbad löste er sich von diesem – wie er erkannte – Irrtum und zählte zu Wortführern der Ökolibertären, die wiederum eine Unterströmung des Realo-Flügels der Grünen waren.

Die Ökolibertären waren dermaßen realpolitisch, dass es dem auf Rot-Grün setzenden Realo-Anführer Joschka Fischer blüherant wurde, weshalb Kretschmann und seine Freunde auf Bundesparteitagen so ziemlich jede Abstimmung verloren. Doch sie waren ihrer Zeit voraus, und Kretschmann hatte sich, beharrlich bis zur Sturheit, auf Kommendes vorbereitet. Damals, 1984, hatte er die Grünen „eine kleine Volkspartei“ genannt. „Wir haben trotz aller Behinderungen die Möglichkeit, Mehrheiten zu gewinnen.“

Nach Landtagswahlen im März 2011, kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima, war es so weit. Zusammen mit der SPD wurde er Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Der Erste seiner Art. Seit nun fünf Jahren führt er eine Koalition mit der CDU an. Alles spricht dafür, dass Kretschmann Landesvater bleiben wird – mit wein auch immer.